Gottes Gebote im öffentlichen Leben der Gegenwart.

Von Hans Asmussen, Altona-Hauptkirche.

1.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Gebote Gottes für das öffentliche Leben keine Bedeutung haben können. Selbst wo man von Christentum und Kirche freundlich spricht, ist man weithin in diesem Irrtum befangen. Diese Ansicht hat ihren Grund darin: Man hält die Gebote für hohe, unerreichbare Ideale. Man sagt: „Das Leben hat es mit harten Dingen zu tun. Da sind uns unsere Aufgaben gestellt, vor allem, wenn wir politisch zu handeln haben. In diesem harten Leben des Alltags können wir nicht mit unerreichbaren Idealen rechnen. Nur das tatsächlich Erreichbare darf uns im öffentlichen Leben als Ziel vorschweben. Die Gebote aber sind Ideale, darum können sie im öffentlichen Leben keine Verwendung finden." Es gibt viele politische Menschen, welche der Meinung sind, auf diese Weise mit den Geboten fertig werden zu können.

Wenn wir Pastoren hören, daß Menschen so sprechen, dann müssen wir das mit Beschämung wahrnehmen. Denn als Glieder und Diener der Kirche wissen wir uns mitschuldig an solchem Reden. Hat sich doch in die Kirche jene verhängnisvolle Irrlehre eingeschlichen, die Gebote seien so etwas wie Geltendmachung von Idealen oder von ewigen, sittlichen Normen. Das Bekenntnis, das wir abgelegt haben, geht davon aus, daß das Irrlehre ist, und zwar die-

jenige Irrlehre, durch welche sowohl das kirchliche wie auch das politische Handeln der letzten beiden Jahrhunderte verdorben ist. Wenn es einen sichtbaren Grund für die Tatsache gibt, daß unser Bekenntnis in ganz Deutschland gehört wurde, dann ist es dieser: Entgegen sonstigen Verlautbarungen von kirchlicher Seite wird in unserem Bekenntnis grundsätzlich das Ideal und die ewige Norm als das Außerchristliche gewertet. Das Christentum hat es weder mit Idealen noch mit ewigen Normen zu tun, sondern mit den heiligen Geboten Gottes.

Darum verwehrt unser Bekenntnis es auch jedem, so leicht mit den Geboten fertig zu werden, daß man die Gebote zu ewigen Normen degradiert und sie von den harten Notwendigkeiten des Lebens trennt. Wir 21 Pastoren haben erkannt, daß die Gebote und die harten Notwendigkeiten des Alltags das Gleiche von uns Menschen verlangen.

Wir haben es in den Artikeln 2 und 4 eindeutig ausgesprochen: Nicht nach Idealen soll der Mensch sein Leben gestalten, sondern das harte Leben selbst ist seine Aufgabe! Nicht nach unerreichbaren Idealen soll das staatliche Handeln sich richten, sondern nach der harten Lebensnotwendigkeit, damit dem quellenden Leben Raum geschaffen werde.

Nun schließt sich im Artikel 5 der Kreis: Das Gebot des Lebens und die Gebote Gottes wollen nicht verschiedenes von uns, sondern das Gleiche. Wenn das Leben uns angeht mit seiner Forderung, so steht Gott uns mit seinem Gebot nicht hindernd im Wege. Im Gegenteil! Die Forderung des Lebens wird unendlich bestärkt durch Gottes Gebot. Wenn z. B. der Leib nach Nahrung verlangt, wenn die Kinder hungern, so weist uns Gottes Gebot nicht in die Richtung, daß wir dem Hunger seinen Lauf lassen sollen. Vielmehr verschärft Gottes Gebot diese Forderung unseres

Lebens, uns und unseren Kindern Nahrung zu schaffen. Es ist also nicht wahr, daß wir Leute der Kirche die Menschen nur auf ein besseres Jenseits vertrösten. Wir fordern den Menschen hier — auf dieser Erde — in diesem Leben zum Handeln auf. Er soll tun, was das Leben fordert. Dieser Anspruch wird erhoben in Gottes Namen, d. h. mit dem denkbar größten Ernst. Kommt der Mensch der Forderung des Lebens nicht nach, so versündigt er sich nicht nur am Leben, sondern an Gott. Darum heißt es: „Wir glauben, lehren und bekennen, daß es Gott gefallen hat, in seinen Geboten zu offenbaren, was er von uns fordert, und was das Leben von uns verlangt.“ Wir rufen also auf, daß man auf die Forderungen des Lebens als auf Befehle Gottes höre und wisse, man werde von Gott aufgerufen, wenn das Leben mit seinen Forderungen an mich herantritt.

2.

In Artikel 2 unseres Bekenntnisses ist ausgesprochen, daß wir nicht daran glauben, daß einmal Zustände eintreten oder erreicht werden können, die vollkommen sind. Artikel 5 schließt hier wiederum den Kreis: Er gibt den Grund an, warum wir das nicht glauben: Wir können solche Zustände nicht erreichen, weil wir die Gebote Gottes nicht halten können.

Der Zusammenhang zwischen Artikel 2 und 5 ist also deutlich: Sind die Gebote Gottes und die wahren Notwendigkeiten unseres Lebens identisch, dann werden wir solange den Geboten Gottes nicht gerecht, wie wir dem Leben nicht gerecht werden. Eine Obrigkeit zum Beispiel, welche wesentliche Forderungen des Lebens vernachlässigt — sei es nun das Wohlergehen der wirtschaftlich Schwachen oder aber die Wehrhaftigkeit der Nation —, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie zu den Geboten Gottes ein engeres Verhältnis hat, geschweige, daß sie die Gebote er-

füllt. Erst dann, wenn es gelungen wäre, das Leben und seine Nöte zu meistern, könnte man hoffen, die Gebote gehalten zu haben.

Solange die Unvollkommenheit auf Erden herrscht, solange z. B. das Recht noch nicht wesenhaft gerecht ist, kann von einer Erfüllung der Gebote im öffentlichen Leben nicht die Rede sein, das heißt aber mit anderen Worten: Wir werden im öffentlichen Leben daran zu Sündern vor Gott, daß wir den harten Wirklichkeiten nicht gerecht werden.

Aber ganz verfehlt wäre es, daraus nun die Folgerung zu ziehen: „Können wir die Gebote nicht halten, dann wollen wir im öffentlichen Leben auch auf sie verzichten und sie der Privatfrömmigkeit überweisen." Wir Altonaer Pastoren richten mit unserer Lehre von den Geboten an das Bürgertum, bei dem wir diese Überweisung der Gebote an die Privatfrömmigkeit vor allem zu finden meinen, die ernste Frage: „Ihr habt nie etwas gegen die Gebote gehabt, solange sie in den Kirchen gepredigt wurden, aber in der Öffentlichkeit haben euch die Gebote wenig bedeutet. Müßtet ihr euch nicht jetzt an die Kirche wenden und von ihr fordern, daß sie euch in euren Geschäften, in der Behandlung und Entlohnung eurer Angestellten das Gebot Gottes zuriefe? Ihr habt gemeint, im öffentlichen Leben unter Verzicht auf die Gebote mit der Sachkenntnis auskommen zu können. Sollte es nicht an der Zeit sein, einzusehen, daß die Sachkenntnis ohne die Gebote euch an den Rand des Verderbens gebracht hat? Kann man das Gebot auch nicht halten, so daß man Gott dadurch gefällig wird, so könntet ihr euch doch daran halten, könntet also die Gebote als den Maßstab und Rahmen gebrauchen, um so Hand anzulegen, daß wesentliche Mißstände endlich abgestellt werden." Denn „ist es dem Menschen auch unmöglich, die Gebote zu halten, so soll sich jeder doch alle Mühe geben zu tun, was die Gebote fordern".

3.

Ich gehe jetzt dazu über, an einzelnen Beispielen zu zeigen, welche Forderungen das Leben im Augenblick nach unserem Glauben uns stellt. Ich wähle solche Beispiele, an denen nach unserer Überzeugung die Stimme des Lebens und die Stimme der Gebote überhört worden ist. Wir bitten darum, daß man darauf achte um Gottes willen, aber auch um des Lebens willen.

Da weise ich zunächst auf die Gottlosenbewegung hin. Sie lebt in einem Irrtum, wenn sie meint, ohne Religion zu sein und sein zu können. Die sogenannten „Gottlosen" haben auch ihre Religion. Was heißt denn „Religion haben" anders, als daß man etwas habe, worauf man alle Hoffnung setzt, ohne beweisen zu können, daß diese Hoffnung berechtigt ist?! Was heißt es anders, als an eine Sache einen festen Glauben zu haben und sich dafür mit der ganzen Person einzusetzen?! Bei den heutigen „Gottlosen" ist aber dieses alles: Man setzt alle Hoffnung auf das kommende Reich des ewigen Friedens! Man kann durch nichts beweisen, daß diese Hoffnung berechtigt ist! Man hat einen festen Glauben an die kommende Diktatur des Proletariats! Man gibt sich mit der ganzen Existenz an diesen Glauben hin! Und wenn in Rußland Anhänger der Partei ihre Heiligenbilder mit den Emblemen der Sowjetmacht und einem Leninbild vertauschen, so bricht darin der menschliche Wille zur Religion durch. Wer das Leben lieb hat, soll diesen Willen nicht hemmen. Und wer ehrlich ist, sollte nicht leugnen, daß es eine KPD-Religion gibt. „Wir verkündigen nach den Geboten Gottes, daß jeder Staat und jedes Volk seine Religion haben muß. Tatsächlich hat auch jeder Staat seine Religion, sei es auch nur die Religion der Gottlosigkeit oder des Leninkultes."

Das bedeutet für uns Deutsche, daß jeder gehalten ist, sich ernsthaft mit dem Christentum auseinanderzusetzen, denn der menschliche Urwille zur Religion äußert sich in Deutschland seit 1000 Jahren in den Formen einer christlichen Religion. Ein Deutscher, der verleugnet, daß er einer christlichen Geschichte entsprossen ist und einem Volk entstammt, das durch christliche Einflüsse wesentlich bestimmt ist, verdirbt sein eigenes Leben und das Leben seines Volkes. Eine Obrigkeit, welche das vergißt — etwa in der Aufstellung der Lehrpläne für die Schulen — verhindert die Verwurzelung des Volkes in seiner eigenen Geschichte. Sie verführt damit das Volk zur inneren Unwahrhaftigkeit, Unechtheit und Verkrampfung. Darum ist es, ganz abgesehen von den kirchlichen Forderungen der Kirche, eine politische Angelegenheit, daß ein Volk in seiner religiösen Geschichte verwurzelt bleibe.

Diese Verwurzelung ist aber nicht nur eine Angelegenheit des Intellekts, sondern des ganzen Menschen. Politische Mächte, denen daran liegt, daß das Volk sich selbst echt bleibt, müssen ein politisches Interesse daran haben, daß in allen staatlichen Ausbildungsanstalten der Nachwuchs mit seiner ganzen Existenz dem Wesen des Volkes und damit dem Christentum konfrontiert wird. Unser Nachwuchs muß sich mit ganzem Ernst und nicht nur verstandesmäßig mit der erstaunlichen Tatsache auseinandersetzen, daß er einem Volke entstammt, in dem die Taufe auf den Namen Jesu Christi noch im Schwange geht.

Auf einem ganz anderen Blatte steht dann die eigentliche Aufgabe der Kirche. Diese besteht darin, deutlich zu machen, daß „religiös sein" oder eine „christliche Religion haben" und „an Christum gläubig sein" zweierlei ist. Sie besteht weiter darin, hinzuweisen auf den Christus, in dem man von allen Sünden und auch von der Religiosität erlöst wird, und auf seinen Geist, durch den aus dem Gottsucher ein

Gotteskind wird, das den Zugang hat zu seiner Gnade. Aber das alles ist schon nicht mehr Forderung an den Staat. Darum sagen wir: „Wir verkündigen, daß wir Deutsche durch Gottes Führung mit uns und durch die heilige Taufe auf das Christentum gewiesen sind. Wer das nicht berücksichtigt, wird uns Deutschen nie gerecht werden. Dem muß die staatliche Gewalt Rechnung tragen in allen ihren Bestrebungen. Gewiß ist uns ein rechter Glaube nicht angeboren. Den muß Gott im Gnadenwunder im einzelnen wirken."

4.

Im Zusammenhang mit unseren religös-politischen Forderungen steht die Forderung der Freiheit der Feiertage. Man dient dem Leben nicht, sondern man tötet das Leben, wenn man die ohnehin schon abgehetzten Großstädter zwingt, sich am Sonntag nun erst recht in das Gewühl zu stürzen. Nichts wäre ihm nötiger als Ruhe und Besinnung. Statt dessen sind die Zustände so, daß man, um Ruhe zu finden, die Straßen wegen öffentlicher Gefährlichkeit meiden muß. Flieht man in die Gaststätten, so zermürben Tangos und Saxophone die letzte Nervenkraft. Wo in aller Welt soll da die Selbstbesinnung bleiben?!

Ich meine das noch gar nicht im Blick auf die kirchliche Forderung der Sonntagsheiligung, sondern sehe darin eine politische Notwendigkeit. Politisch denkende Menschen müssen wollen, daß den Bürgern Gelegenheit gegeben wird, zu sich selbst zu kommen! Kann man denn — so fragen wir gerade die Parteien — mit einer Anhängerschaft etwas anfangen, die nie Zeit zur Sammlung hat, sondern in ewiger Gehetztheit die Kraft zur eigenen Urteilsbildung verliert?!

Die Hamburger Volkszeitung hat uns u. a. gerade diese Forderung sehr übel genommen. Ich möchte den Herren von der Volkszeitung nur zweierlei antworten: Gerade in den Elendsvierteln unserer Stadt

mehren sich die Klagen gegen den Raub des Feiertages. Und die Herren können sich darauf verlassen, daß dort nicht die bösen Kapitalisten wohnen. — Andererseits sollte es gerade bei der herrschenden Arbeitslosigkeit — leider — nicht unmöglich sein, auch an anderen Tagen singende Menschen genug auf die Beine zu bringen, wenn man Umzüge machen will? Ausgerechnet am Mittwoch, den 11. Januar, als diese Forderung erhoben wurde, die uns bei der Hamburger Volkszeitung so in Mißkredit gebracht hat, war einer der größten Umzüge der K. P. D., die ich je gesehen habe. Offenbar ist es also möglich, bei Umzügen auf den Feiertag zu verzichten.

„Wir glauben, daß unser Volk der Gottesverehrung bedarf. Darum darf ihm die Gelegenheit dazu nicht geraubt werden. Es ist nicht recht, wenn die Feiertage gesteigerter wirtschaftlicher und politischer Betriebsamkeit überlassen werden."

5.

Die religiös-politischen Forderungen sind uns 21 Pastoren auch darum so wichtig, weil man das Obrigkeitsproblem in einem Volke nicht erträglich lösen kann, wenn man es nicht von der religiösen Seite her anfaßt.

Alles, was in urwüchsiger Religiosität geglaubt wird, ist unbegründbar. Auch das, woran der politische Mensch glaubt, hat keinen Grund. Es besteht in sich selbst. Die Götter der Heiden, die Ideale des modernen Heiden, das Friedensreich des Völkerbundes, die Zukunft des internationalen Proletariats werden geglaubt als solche, die ihren Bestand in sich selber haben. Darum kennen die Menschen keine schwereren Verbrechen als die Verbrechen gegen das, was man glaubt. Es wird nie verziehen, wenn der russische Untertan gegen das Proletariat sündigt. In kapitalistischen Staaten gibt es keine Sünde, die so schwer geahndet wird, wie die Sünde gegen das Geld.

Und nun stellen wir Pastoren eben diese Frage: Ist die Obrigkeit eine sich selbst setzende Macht? Oder ist sie eine Größe, welche einen Grund hat, — eine Größe, welche trotz ihrer Macht von einem anderen gesetzt ist? Ist sie eine abgeleitete Macht, auch dann, wenn sie, ebenso wie Lenin und Stalin, die Macht an sich gerissen hat? Und wir geben die Antwort: Jede Obrigkeit ist von Gott gesetzt. Keine Obrigkeit ist ein Letztes. An Obrigkeiten kann man nur zum Schaden und nur in Schuld gegen Gott grundlos glauben. Nur zum Schaden für Volk und Vaterland kann man sich den Obrigkeiten restlos und im Glauben hingeben, so wie etwa ein Christ sich dem Herrn Christus hingibt. Werden diese Grenzen verwischt, dann wird die Obrigkeit zum Dämon, vielleicht nur zu einem gemütlich lächelnden Faun wie das aufgeklärte Königtum des Sonnenkönigs in Frankreich, vielleicht auch zur grausamen, höllischen Fratze, wozu moderne totale Staaten neigen.

Obrigkeit und Untertan stehen nebeneinander auf einer Ebene. Beide mögen erkennen, daß über ihnen beiden ein Herr im Himmel ist. Nur dann werden sie füreinander einstehen in Not und Tod. Solange die Regierenden es ertragen können, in einem hungernden Volk glänzend zu leben, sei es nun auf Grund feudaler Gehälter, sei es durch verbilligte Kaufläden, welche nur dem diplomatischen Chor, den Regierenden und den Genossen der einen heiligen Partei offen stehen, solange hat man nicht begriffen, daß Gott Regierende und Regierte aufeinander angewiesen und zueinander gesellt hat dadurch, daß er sich selbst gleich hoch über beide erhebt. Solange hat man nicht begriffen, daß die politische Frage immer auch eine religiöse Frage ist, daß Gott

die Träger der Obrigkeit zu dem gemacht hat, was sie sind, und daß sie aus sich selbst gar nichts anderes sind als ihre Untertanen. Wir 21 Pastoren fürchten, daß wir an diesem Punkte von allen den Zeitungen mißverstanden sind, die etwa auf der Linie der Frankfurter Zeitung stehen. Man hat uns in diesen Zeitungen eine erstaunliche Anerkennung gezollt, deren wir uns ehrlich freuen. Aber wir möchten nicht, daß diese Anerkennung auf dem Rücken anderer zur Auszahlung gelangt.

Die genannte Presse scheint sehr befriedigt zu sein durch den Tatbestand, daß wir jede Vergötzung der Obrigkeit und der politischen Mächte ablehnen. Wir bitten sie aber zu bedenken, daß wir eine Vergötzung der Obrigkeit auf eine Weise ablehnen, die der von dieser Presse seit Jahrzehnten vertretenen Linie schlechthin und absolut widerspricht. Gewiß lehnen wir eindeutig eine Vergötzung der Obrigkeit ab. Aber wir tun das darum, weil Staaten, Staatsformen und Obrigkeiten nach Gottes Willen entstehen, nicht aber, wie diese Zeitungen es seit Jahrzehnten vertreten haben, durch menschlichen Willen — handele es sich nun um Parlamentswahlen oder gewaltsame Machtergreifungen. Wir sehen uns um des Gehorsams gegen Gott willen gezwungen, den Glauben an die menschliche Herkunft der Obrigkeiten als einen grundstürzenden Irrglauben abzulehnen. Denn er raubt den Regierenden alle Autorität. Dafür ist der Beweis seit 1918 voll erbracht.

Wir fragen darum: Weiß die genannte Presse, daß die von ihr seit Jahrzehnten vertretene demokratische Lehre an einem entscheidenden religiösen Irrtum krankt? Sonst müßten wir ihr sagen, daß ihre freundliche Zustimmung irgendwie auf einem Irrtum beruhen muß. Wir sagen in unserem Bekenntnis: „Wir glauben, daß es der Schöpfung entspricht, wenn in Deutschland eine deutsche Obrigkeit regiert, wenn vor

den Regierenden Achtung aufgerichtet und ihnen Gehorsam geleistet wird. Wir glauben, daß es Gottes Ordnung entspricht, wenn eine Regierung väterlich regiert und des Volkes Not als eigene Not trägt. Dann wird das Volk auch die Not der Regierung willig mittragen." Wir bitten, das in dem Sinne zu verstehen, wie es hier eben ausgeführt ist. Wir glauben also als Gottes Gebot an die Gegenwart, daß die Obrigkeiten grundsätzlich abzuheben sind von Gott, der sie zu dem gemacht hat, was sie sind; daß sie vorbehaltlich abzuheben sind von den Untertanen, von welchen anerkannt werden soll, daß sie sind, wozu Gott sie machte.

6.

Wir haben nochmals Fragen an die genannte Presse zu stellen. Sie hat seit Jahrzehnten eine Politik vertreten, in deren Verfolg Deutschland auf wesentliche Teile seiner Wehrhaftigkeit hat verzichten müssen, in deren Verfolg Deutschland von einer Konferenz zur anderen gejagt ist, auf denen es durch seine Wehrlosigkeit dem diplomatischen Heuchelspiel der wehrhaften Staaten ausgeliefert wurde. Wir möchten alle den Kreisen, welche durch jene Zeitungen vertreten werden, eindrücklich sagen: Das ist unsere Linie nicht.

Nicht aus nationalistischen Ressentiments, sondern aus Gehorsam gegen Gott und seine Gebote fordern wir ein wehrhaftes Volk. Denn wir haben das Gebot gehört: Du sollst nicht töten! Und du tötest, wenn du Weib und Kind dem Siegerwillen preisgibst. Darum, deutsches Volk, sorge für Waffen, die den Waffen Frankreichs, Englands, Polens und der Tschechei ebenbürtig sind! Dann hilfst du den Krieg verhindern. Der Krieg ist nicht gut! Er ist grausam und greulich. Aber weil der Mensch im Grunde böse und nicht gut ist, weil im entscheidenden Augenblick die gesunde Vernunft ihn nicht beherrscht, darum

hält ihn allein der Zwang vor dem Letzten zurück, wenn ihn dann überhaupt noch etwas zurückhält. Kann man den Krieg durch Verhandlungen bannen, so tue man es ja. Aber Verhandlungen haben noch selten geholfen.

Das möchten wir denen, welche eine gleiche oder ähnliche Politik vertreten wie die genannte Presse, eindeutig mitgeteilt haben. Sollten sie dem beitreten können, — dann erst wären wir in der Lage, uns ihrer Zustimmung mit reiner Freude zu freuen.

Freilich — und damit müssen wir unsere Frage an die Widersacher der von dieser Presse vertretenen Politik richten — können wir die Forderung der Wehrhaftigkeit nicht damit begründen, daß wir uns für die besseren Menschen halten. Wir glauben nicht, daß wir Deutsche eine Mission von Gott empfangen haben, andere Völker auszurotten, weil Gott der Meinung wäre, wir wären soviel besser als die anderen. Wir fordern Wehrhaftigkeit nach außen! Aber um Gottes willen! Wir fordern, daß alle Feinde unseres Volkes im Innern unschädlich gemacht werden! Aber nicht, weil sie schlechter sind als wir.

Der Franzose, der für die Gloire der grande nation kämpft, das französische Volk, das seinem Gesetze folgt, mag vor Gott genau so wertvoll sein, als ein Deutscher und das deutsche Volk. Darüber steht keinem Menschen ein Urteil zu. Wir lehnen es ab, Gott in sein Richteramt zu pfuschen. — Gefährdet aber der Franzose — oder eine andere Nation — in seinem Lebensdrang die Lebenskraft und den Lebensraum des Deutschen, dann gilt es: Leben wider Leben! Gott wird Richter sein. Uns hat er dann aber das Amt des Kämpfers gegeben.

Nun meinen wir fragen zu müssen: Seid ihr Vertreter des Nationalen in Deutschland euch darüber klar, daß man die Ehre und den Bestand der Nation n u r darauf gründen kann, daß Ehre und Bestand der

Nation allein in Gottes Schöpferwillen begründet sein können? Seid ihr euch darüber klar, daß jede Begründung des Nationalen aus dem Wert der Glieder einer Nation unfehlbar dem Pharisäismus zum Opfer fällt? Wir fragen euch so nicht aus einer politischen Gegnerschaft, sondern aus der Sorge heraus, daß die Belange der Nation in Reinheit und in der nötigen Bescheidung vertreten werden. In dieser Sorge können wir allerdings um Gottes Willen nicht paktieren.

Was die Frage der Wehrhaftigkeit anlangt, ist die Haltung Sowjetrußlands interessant. Wenn der junge Staat nach den Worten seines Staatsoberhauptes Stalin und neuerdings auch Molotows sein Augenmerk wesentlich der Rüstung zugewendet hat, so hat er damit recht getan. Wenn allerdings die Hamburger Volkszeitung nun zu meinen scheint, das sei geschehen, um den ewigen Frieden herbeizuführen — denn sie ist völlig aus dem Häuschen geraten über unseren Glauben, daß die Kriege nicht aufhören werden — so ist der tiefe Sinn ihrer Worte an dieser Stelle nicht deutlich. Stalin tut recht, wenn er seinen Staat wehrhaft macht. Seine Freunde in Deutschland aber tun schweres Unrecht, wenn sie dem deutschen Volke dasselbe verwehren, was man in ihrem selbsterwählten Vaterlande tut, indem sie den Militarismus in Deutschland verächtlich machen, den sie doch für Rußland vertreten.

Nachdem ich dies gesagt habe, dürfte der Abschnitt unseres Bekenntnisses verständlich sein, welcher lautet: „Da wir glauben, daß Gott der Schöpfer des Lebens ist, müssen wir alle Verachtung des gegebenen Lebens als Sünde zurückweisen. Eine solche Verachtung des Lebens liegt vor, wenn das Verbrechen gegen das Leben nicht hart geahndet wird, wenn Volksgenossen als untermenschlich gewertet werden, wenn der Respekt vor der deutschen Nation untergraben, sie selbst aber in Wehrlosigkeit den Angriffen und dem diplo-

matischen Spiel aller preisgegeben wird. So urteilen wir um unseres Glaubens willen, nicht auf Grund des Wertes, den das Einzelleben und die Nation darstellen, sondern im Blick auf den Schöpfer, der sie geschaffen hat." Das bedeutet: Im Namen Gottes fordern wir Respekt vor dem Leben. Wir fordern, daß man es aufgibt, durch eine Theorie oder eine Ideologie den Wert des vorhandenen Lebens erst abmessen zu wollen, um dann nach dieser Ideologie zu entscheiden, wie man das vorhandene Leben schützen will.

7.

Wir sehen also den Wert des Lebens nicht in dem Lebendigen selbst, sondern in Gott, der alles Lebendige noch heute schafft. Dieser unser Glaube ist auch entscheidend für unsere Einstellung zu den Ordnungen des Lebens. Wenn wir um Ordnungen des Lebens kämpfen, so tun wir das nicht in dem Sinne, als gäbe es bestimmte Ordnungen, welche in sich einen unüberbietbaren Wert darstellen. Uns interessieren die Ordnungen, weil wir Gott in ihnen glauben. Das ist kein abstraktes Theologisieren, sondern Zeugnis und Bekenntnis von eminent praktischen Folgerungen. Ich will versuchen, das am Beispiel der Ehe deutlich zu machen:

Jede Zeit hat eine Form der Ehe, die sich ihr als gut und angebracht ergibt. Die Juden hatten ihre Form, die alten Germanen eine andere, Luther und seine Zeit wieder eine andere, und das 19. Jahrhundert hat auch seine nur ihm eigene Form entwickelt. In allen diesen Ehen und Formen ist das Recht von Mann und Frau verschieden bestimmt. In allen Eheformen ist darum die Art der Gattenwahl und der Eheschließung eine andere. Jede Zeit muß sich klar darüber werden, warum sie ihre Ehesitten gerade so und nicht anders hat.

Diese verschiedenen Eheformen haben ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Aber keine ist die vollkommene. Keine Eheform ist so, daß ein Mensch, der in ihr lebt, darum vor Gott bestehen könnte, weil er in dieser Form lebt. Und doch ist die Form nicht gleichgültig. Es steht nicht jedem frei, für welche der verschiedenen Formen er sich entscheiden will, sondern Gott setzt uns in eine bestimmte Zeit mit einer bestimmten Form der Ehe. Sie haben wir zu respektieren und in ihr um Gottes willen zu leben.

Aber eben um Gottes willen! Nicht darum, weil an dieser jetzt gerade bestehenden Eheform nichts auszusetzen wäre. Wenn wir etwa an die Eheform denken, welche im Zeitalter der Einzelpersönlichkeit und des Geldes sich herausgebildet hat, d. h. also in der Epoche des Bürgertums, dann denken wir nicht daran, diese Eheform zu verhimmeln. Die Art, wie im Bürgertum Mann und Frau sich kennen lernten, die Art, wie sie sich in der Ehe zur Sippe und zum Volksganzen verhielten, ist alles andere als das Gott Wohlgefällige.

Wir Pastoren sind nicht in der Lage, unserer Zeit zu sagen, wie man es denn machen soll. Denn wir stehen selbst mit unter dem Gericht, daß niemand in seinem Leben und in seinen Werken Gott gefallen kann. Aber wir haben die Aufgabe, uns selbst und anderen Gericht zu predigen. Und das tun wir, wenn wir darauf hinweisen, daß wir keine Ursache haben, auf die Art unserer Ehesitten stolz zu sein. Unsere Ehesitten haben keinen Wert in sich. Sie haben nur Wert im Blick auf den schaffenden Gott, der sie in aller ihrer Unvollkommenheit werden ließ als einen Abglanz der reinen Ordnung der Ehe.

Aber unter dieser Einschränkung haben sie Wert. Im Blick auf den schaffenden Gott sind wir 21 Pastoren bereit, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Ehesitten unserer Epoche trotz ihrer Unvollkom-

menheit erhalten und gebessert werden. Um Gottes willen sind wir bereit, mit jedem uns auf Sein und Nichtsein anzulegen, der auch noch die letzten uns gebliebenen Ordnungen zerstören will.

Um Gottes willen rufen wir auch andere auf diesen Kampfplatz. Mögen sie zu einer beliebigen Partei gehören, so wollen wir an diesem Punkte Seite an Seite mit ihnen kämpfen gegen alle Elemente, welche geneigt sind, auch noch die letzten Reste von geordnetem Eheleben zu zerstören. Weder Beruf noch Stand, weder Parteizugehörigkeit noch weltanschauliche Verbundenheit wird uns zurückhalten, gegen Zerstörer der Eheordnung zu Felde zu liegen: Denn „wir bekennen die Ehe als eine göttliche Ordnung, in welcher der Mann dem Weibe zugeordnet wird und das Weib dem Mann. Wir halten die sogenannte bürgerliche Eheordnung nicht für die göttliche und die vollkommene. Aber wir verwerfen alle Bestrebungen, sie aufzulösen, ehe uns bessere Formen gegeben sind. Es entspräche dem Respekt vor der göttlichen Ordnung der Ehe und wäre eine wahrhaft politische Tat, wenn die Parteien in den eigenen Reihen Sittenlosigkeit und Ehebruch in allen Ständen ächten würden".

8.

Unserer Lehre vom Wert des Lebens und dem Wert der Ordnung schließt sich unsere Lehre vom Wert der Sache an. So wie weder das Leben noch die Ordnung ihren Wert in sich selber haben, haben es die Dinge dieser Erde. Alle drei bekommen ihren Wert nur von Gott, der sie schuf. Das ist von Bedeutung zum Beispiel für die Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik der letzten zweihundert Jahre beruht auf der Lehre von den Menschenrechten. Diese Lehre will das Recht des Menschen auf Arbeit, Lohn und Genuß aus dem bleibenden Werte des Menschen ableiten. Das Bekenntnis der 21 Altonaer

Pastoren steht im grundsätzlichen Gegensatz zu dieser Lehre. Wir setzen der Lehre von den Menschenrechten die Gebote Gottes und d. i. — die Lehre von den Menschenpflichten entgegen.

Die Lehre von den Menschenrechten hat die Gebote Gottes verfälscht. Anstatt auf das „Du sollst" zu hören und es sinngemäß so zu übersetzen, daß man sagt: „Ich soll", hat man gelehrt: „der andere soll". Kann man den verschiedenen Kämpfern für und gegen den Sozialismus glauben, dann sind sie alle davon überzeugt, daß in den Arbeitsverhältnissen Gerechtigkeit herrschen soll. Aber sie verstehen unter Gerechtigkeit alle eine Forderung an den anderen! Der Kapitalist sagt: Der Arbeiter soll zufrieden sein. Der Sozialist sagt: Der Unternehmer soll zahlen.

Wir haben von unserem Bekenntnis her gegen beide Forderungen an sich nichts einzuwenden. Aber beide Forderungen sind falsch, wenn eine ohne die andere ausgesprochen wird. Die Lehre von den Menschenpflichten, d. h. die Gebote Gottes gehen von der Tatsache aus, daß Gott die Stände zusammen geschaffen hat, und daß sie darum auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet sind, so daß also die Forderung an den anderen immer zugleich eine Forderung an mich selbst ist.

Nur dann, wenn der Unternehmer mit dem „ich soll" beginnt und dem Arbeiter und seiner Familie die Existenz ermöglicht, hat er ein Recht, zu dem Arbeiter zu sprechen: „Nun sollst du auch!" Nur dann, wenn der Beamte seine ganze Kraft dem Staate widmet und nicht seine Dienststunden als unangenehme Unterbrechung seiner Erholung ansieht, hat er ein Recht, an den Staat Forderungen zu richten. Denn die Forderung setzt eine Leistung des Fordernden voraus. Darum leitet Gott selbst seine Gebote an das jüdische Volk mit der Feststellung ein: Ich bin der Herr dein Gott, der dich aus Ägyptenland, dem Diensthause, er-

löst hat. Wenn zum Beispiel der größte Kapitalist und der größte Unternehmer der Gegenwart, der russische Staat, bestehen will, so soll er ja nicht meinen, sein Unternehmen beruhe auf den zwei Millionen getreuer Parteimitglieder. Es beruht vielmehr ebenso auf den Fäusten der armen, oft in kärglichem Brote stehenden Arbeiter. Wird er vergessen, daß seine Existenz davon abhängt, daß diese hundert Millionen leben müssen und nicht ausgebeutet werden dürfen, dann gräbt er sich selbst sein Grab.

Denn Arbeitsleistung und Arbeitsertrag soll in Einklang stehen. Das ist göttliches Gesetz. Und das sagen wir den Kapitalisten wie den Kommunisten. Wir wünschen darum nicht Zustände zurück, in denen der Gewinn Gott war auf der ganzen Erde. Wir weinen diesem Gott keine Träne nach, wenn er jetzt drauf und dran ist, an Verfettung zu sterben. Wir erklären also in aller Form: Die Wirtschaftsform des Bürgertums ist ebenso wenig die göttliche, wie die bürgerliche Eheform.

Wir haben alle Ursache, uns Mühe zu geben und Gott zu bitten, daß wir aus dem Land des Jammers und der Tränen herauskommen, welches den Namen „Kapitalismus" führt!

Hier kann ich eine Erwiderung an das „Hamburger Echo" nicht unterdrücken. Das „Hamburger Echo" wartet erneut mit dem Vorwurf auf, daß zwischen Kirche und Kapitalismus so etwas wie ein Geheimvertrag bestehe. Ich will hier nicht darauf eingehen, ob die Kirche nicht früher die Schäden des Kapitalismus hätte sehen und geißeln sollen. Aber die Sozialisten wollen doch nicht vergessen, daß der Sozialismus von seiner Entstehung an als Konkurrenzreligion gegen das Christentum und nicht etwa als reine Wirtschaftsforderung aufgetreten ist, und zwar als eine Religion, welche aus dem göttlichen „Ich soll"

ein elendes „Der andere soll" gemacht hat. Wenn wir hier vom Kapitalismus Abstand nehmen, so kann das unter keinen Umständen den Sinn haben, als wollten wir uns beeilen, den Anschluß bei einem Sozialismus von der Art des „Hamburger Echo" zu suchen.

Solange wir nicht wieder glauben lernen, daß aller Dinge Wert — auch der Wert des Geldes — allein in Gott liegt, der sie geschaffen hat, werden wir das Geld weithin mißbrauchen im Sinne der Irrlehre von den Menschenrechten, und das heißt zwangsläufig im Sinne des Geizes. Solange werden uns auch neue Wirtschaftsformen nicht wesentlich weiter bringen. Es kommt darauf an, daß wir das Geld wieder gebrauchen lernen im Sinne der Lehre von den Menschenpflichten. Darum glauben, lehren und bekennen wir „als göttliche Ordnung, daß alle Stände einander auf Gedeih und Verderb zugeordnet sind. Darum weisen wir es als Sünde zurück, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Staat und Beamter als Objekte der Ausbeutung angesehen werden. Wir glauben, daß die Arbeit göttliche Ordnung ist. Sie soll Lebensinhalt sein, so daß Arbeitsleistung und Arbeitsertrag in Einklang gebracht werden. Darum verwerfen wir es, wenn Arbeit zur Ware wird, die man kaufen und verkaufen kann. Auch halten wir es für Sünde, wenn sich jemand bei der herrschenden Arbeitslosigkeit beruhigen kann."

9.

Unsere Lehre vom Werte der Dinge und Menschen hat uns endlich viel zu sagen auf dem Gebiete, wo es um die Ehre des Menschen geht. Im öffentlichen Leben wird die Frage nach der Ehre brennend an zwei Stellen: im Kampf der Parteien und im Gerichtswesen.

Uns scheinen auf beiden Gebieten die Dinge so reif geworden zu sein, daß sie öffentlich zur Sprache kom-

men müssen. Ich will das an einigen Beispielen zeigen:

1. Der soziale Kampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hat von Anfang an etwas leidenschaftlich Persönliches an sich gehabt. Der Unternehmer ist durch die Presse des Arbeiters von Anfang an im Lichte der Böswilligkeit, der Hartherzigkeit und der Brutalität gesehen worden. Der Arbeiter hat den Arbeitgeber hassen gelernt. Aber umgekehrt ist es auch nicht anders gewesen. „Sozialdemokrat" ist in weiten Kreisen Schimpfwort gewesen und ist es noch. Daß die Schuld hüben und drüben zugleich Schicksal ist, welches man nicht durch Schimpfen aus der Welt schaffen kann, sondern von dem man nur erlöst werden kann, ist geflissentlich übersehen worden.

2. Diese Art des Kampfes hat sich nun auf alle Gebiete der politischen Auseinandersetzung übertragen. Sie sehen das deutlich am politischen Pressekampf. Wenn ein Mensch aus dem 16. Jahrhundert wieder lebendig würde, und die Zeitungen der verschiedenen Parteien lesen würde, so könnte er häufig auf den Gedanken kommen, daß es für den politischen Pressekampf besondere Formulare gibt, die, gleichlautend für alle Parteien, nur mit den Namen und Daten ausgefüllt werden müssen, um druckfertige Leitartikel zu bekommen. Erste Grundvoraussetzung scheint zu sein, daß jeder, der nicht der Partei angehört, aus niedriger Gesinnung handelt. Zweite Grundvoraussetzung scheint zu sein, daß jeder, der zur Partei gehört, aus untadeliger Gesinnung handelt. Bezeichnend ist, daß die Presse, welche nach diesem System arbeitet, dafür selbst das Wort „abrechnen" erfunden hat. „Politisch kämpfen" heißt nun „die Rechnung abschließen", so daß die beiden Kontrahenten nichts mehr miteinander zu tun haben. Erfordert es aber die Parteitaktik, dann kann man mit einem Politiker als gleichberechtigtem Partner verhandeln, den man sonst

als den böswilligsten Verderber der Gesellschaft oder des Vaterlandes brandmarkte.

3. Nun haben wir alle erlebt, wie diese selbe Kampfesmethode den Weltkrieg beherrschte und uns Deutsche tief ins Elend brachte. Die Entente hat es verstanden, uns Deutsche, die wir doch nur ihre Gegner waren, zu Feinden zu stempeln. Sie hat durchaus auf derselben Ebene, wo es unsere Parteien miteinander tun, uns Deutsche ehrlos gemacht. Sie hat uns alle Verbrechen nachgesagt, die man überhaupt nur begehen kann. So kam es zu dem Versailler Vertrag, den wir Pastoren als einen Vertrag werten, der den Bestand des Staates gefährdet und also beseitigt werden muß. Sein Hauptirrtum liegt genau an demselben Punkt wie der Irrweg des Parteienkampfes: Er raubt uns Deutschen die Ehre und rechnet nicht mehr damit, daß das schuldhafte Schicksal des Kampfes nur durch Erlösung aus der Welt gebracht werden kann, aber nicht durch pharisäerhafte Verträge.

4. In einer Hinsicht muß man allerdings den Parteien mildernde Umstände zusprechen. Denn dieselben Irrwege geht unsere Zeit auch in den Institutionen, welche eigentlich wegweisend sein sollten für die gesamte Öffentlichkeit. Ich denke dabei zum Beispiel an unser Gerichtswesen. Wir wissen alle, daß es da an einem entscheidenden Punkte nicht stimmen kann. Es liegt uns fern, denen den Rücken zu stärken, welche an unseren Gerichten herummäkeln, weil sie die Auflösung jeglicher Ordnung wünschen. Aber wir würden unseren Anwälten und Richtern keinen Gefallen tun, wenn wir ihnen verschweigen, daß das Vertrauen zur deutschen Gerichtsbarkeit nicht gerade im Steigen begriffen ist. Wir möchten sie bitten, mit uns daran zu wirken, daß das anders wird.

Wir suchen die Ursache für die offenbaren Schwierigkeiten unseres Gerichtswesens nicht so sehr in

Fehlern einzelner, als vielmehr da, wo die Not unseres Parteikampfes auch liegt: Die Ehre und das Recht des Menschen werden falsch gewertet.

Nach der ganzen Anlage des Rechtswesens möchte man dem Angeklagten gerecht werden. Welcher Mittel bedient man sich dabei? Da ist auf der einen Seite ein bis ins einzelne ausgearbeitetes Gesetzbuch. Um es verstehen zu können, bedarf es eines langen Studiums. Und trotz seiner Kompliziertheit läßt es — wie jeder Prozeß durch das Für und Wider des Staatsanwaltes und des Anwaltes zeigt — viele Auffassungen zu. Nicht einmal Akademiker sind in der Lage, sich darüber eine klare Meinung zu bilden. — Da ist auf der anderen Seite dem Richter als Zielpunkt gesetzt, die Motive des Angeklagten zu verstehen. Diese Motive sollen dann für die Urteilsbegründung mit ausschlaggebend sein. Der Richter, der Anwalt, der Staatsanwalt muß also neben dem komplizierten Aufbau der Gesetzesparagraphen nicht nur die theoretische Psychologie beherrschen, sondern auch ein praktischer Psychologe sein. Diese beiden Komponenten entscheiden über die „Ehrenhaftigkeit" des Angeklagten.

Da aber setzen unsere Bedenken ein. Dies Verfahren könnte nur dann möglich sein, wenn die Schuld eines Menschen durchsichtig ist, so daß man die Tat an einer abgegrenzten Zahl von Paragraphen gerecht messen und den Täter durch ein psychologisch gewonnenes Urteil durchschauen kann. Und das bestreiten wir. Wir befürchten nicht nur, daß dieses System zwangsläufig dazu führt, daß diejenigen Charaktere, die sich am besten verstellen können, auch am besten dabei fahren, sondern wir glauben: Wenn die Gerichtsbarkeit so verfahren will, dann will sie richten, wie nur Gott richten kann. Sie will zuviel und darum wird sie unzulänglicher, als nötig ist.

Bezeichnend ist, daß auf allen eben genannten Gebieten eine und dieselbe geistige Macht entscheidenden Einfluß ausübt: die Anonymität. Es ist nicht gut, wenn Abgeordnete sich in ihren Angriffen hinter ihre Immunität verschanzen und so anonym werden können. Es ist nicht gut, wenn die Presse in der Anonymität ihre Existenz hat. Es wäre gut, wenn das Volk, d. h. also wir alle, die Überzeugung haben könnten: Richter und Anwalt haften mit Gut und Blut für das, was sie sagen und urteilen; genau so, wie es gut wäre, wenn Minister in die Haftung für ihre Handlungen hineingezogen werden.

Darum sagen wir: „Wir glauben, daß die Ehre ein Hinweis darauf ist, daß der Mensch zu Gottes Bild geschaffen wurde. Wir verwerfen es als Sünde, wenn der Raub der Ehre politisches Propagandamittel wird, wenn der Unternehmer dem Arbeiter, der Arbeiter dem Unternehmer, der Reiche dem Armen, der Arme dem Reichen ehrlos ist. Aus diesem Glauben würde eine Erneuerung der Gerichtsbarkeit folgen. Wir würden Gesetze haben, die man verstehen kann, eine verantwortliche Rechtsfindung, welche in der Schwere der Verantwortung dem deutschen Richter und Anwalt die Standesehre gibt, eine Bestrafung der Tat, die den Täter ehrlich macht und doch die Tat sühnt."

Wenn wir 21 Pastoren unsere Schrift nicht anonym haben ausgehen lassen, sondern mit unseren Unterschriften, dann wollen wir eben damit an unserem Teile jener geheimnisvollen, heute noch legalisierten Macht der Anonymität zuleibe. Darum mußte aus einem „Flugblatt" ein „Bekenntnis" werden. Darum haftet jeder Redner dieser Abende für alle Redner. Unser Schritt bedeutet: An den Ort, wo unser Bekenntnis uns zeigt, wissen wir uns von Gott gestellt, da steht und fällt einer mit dem anderen. Da bleiben

wir! Es gefalle oder gefalle nicht. Man soll uns auf dem Plane finden. Denn es nicht unsere, sondern Gottes Sache. Mit unserem Namen haften wir für das, was uns gegeben ist. So reichen wir unserem Volke die Hände! Kommt! Schlagt ein! Wir wollen zum Herrn gehen! Er hat uns geschlagen! Er allein kann uns heilen!